

**LUST AUF
MORGEN**

SPD

#SPDerneuern IMPULSPAPIER 3

NEUES MITEINANDER

*LENKUNGSGRUPPE 3: EIN BÜRGERFREUNDLICHER STAAT, DER SICHERHEIT UND
SOZIALE TEILHABE ERMÖGLICHT*

I. BLICK AUF DIE AKTUELLE LAGE

Wie soll unser Staat in Zukunft aussehen? Und welche Grundlagen finden wir jetzt vor, um darauf aufzubauen? Für viele Menschen wirkt es, als habe sich der Staat aus ihrem Alltagsleben zurückgezogen. Demografischer Wandel und wirtschaftlicher Strukturwandel erfordern hohe Anpassungen der Betroffenen und des Staates mit seiner öffentlichen Infrastruktur und seinen Dienstleistungen.

Wir stellen ein zunehmendes Auseinanderdriften zwischen den Regionen und auch innerhalb der Regionen zwischen verschiedenen Sozialräumen und Stadtteilen fest. Strukturschwache Gebiete drohen abgehängt zu werden. Es drängt sich das Gefühl auf, dass der Staat in den letzten zwei Jahrzehnten vornehmlich ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert wurde. Ländliche und finanzschwächere Räume blieben und bleiben dabei zunehmend auf der Strecke. Es geht dabei aber nicht nur den Abbau öffentlicher Infrastruktur oder fehlende Investitionen, sondern auch um die fehlende Repräsentanz des Staates durch Institutionen und Personen, die im Leben vieler Menschen praktisch unsichtbar geworden sind.

Das ist eine gefährliche Entwicklung und Türöffner für rechtskonservative und neoliberale Kräfte, die den Staat als Instrument einer solidarischen Politik systematisch schwächen wollen. Es ist gerade auch die Akzeptanz der Solidarität mit denjenigen, die auf eben diese Solidarität der gesellschaftlichen Mehrheit angewiesen sind, die unter dieser Entwicklung leidet. Letztendlich hängt die Demokratie selbst davon ab, ob es uns gelingt, das Vertrauen in den Staat wiederherzustellen.

Wir leben in einem Einwanderungsland. Aufgrund der Arbeitsmigration und der starken humanitären Zuwanderung der letzten Jahre hat die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt zugenommen. Damit sind Spannungen verbunden, die das Sicherheitsgefühl vieler Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – beeinträchtigen. Eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist, wie diese Vielfalt politisch und sozial gestaltet werden kann. Damit verbunden ist die Frage nach Identität und unter welchen Voraussetzungen sich Menschen zugehörig fühlen.

Bei der Lösung dieser Fragen wird das staatliche Handeln als unzureichend empfunden. Die Handlungsfähigkeit des Staates und des öffentlichen Sektors wird als unzureichend festgestellt. Dieses trifft auf alle Ebenen von den Kommunen bis nach Europa zu. Überall lassen sich Defizite feststellen: in der Personalausstattung, in fehlenden Budgets, in fehlender Modernisierung, in fehlender Bürgerfreundlichkeit.

Das stellt den sozialen Rechtsstaat vor enorme Herausforderungen, da alle Minderheiten Rechte einfordern können, denn vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Gesellschaften sind stets im Wandel. Doch noch immer wird zu wenig in diese Richtung aufgeklärt und sensibilisiert. Es wird eine zentrale Zukunftsaufgabe sein, hier für ein neues gesellschaftliches WIR-Gefühl zu sorgen, das Werte, Rechte und Pflichten umfasst, die sich aus unserer Verfassung ableiten lassen.

Gleichzeitig müssen wir uns fragen wie wir die Rolle der Bürger und Bürgerinnen im demokratischen System wieder stärken können, um so Vertrauensverluste vorzubeugen und entgegenzutreten. Und was bedeutet Solidarität unter den heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen?

II. SOZIALDEMOKRATISCHE WERTE

Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte müssen wir kontinuierlich mit Leben erfüllen, damit sie Realität für alle Menschen sind. Aus sozialdemokratischer Sicht ist daher das Ziel staatlichen Handelns, Strukturen zu schaffen, die allen Menschen ein Leben unter diesen Bedingungen ermöglichen – ein Leben frei von Diskriminierung und Bedrohungen, ein Leben, in dem nicht die Herkunft über die persönliche Zukunft entscheidet, ein Leben in einer Gemeinschaft, die individuelle Lebensrisiken und Schicksale solidarisch auffängt.

Die Menschen sollen von ihrer Freiheit Gebrauch machen können. Wir verstehen Freiheit im Sinne Willy Brandts: Freiheit für Viele, nicht nur für die Wenigen. Deshalb wollen wir einen freiheitssichernden Rechtsstaat, der Toleranz, Pluralität und Respekt gewährleistet. Wir wollen so viel Staat, wie erforderlich ist, um Freiheit für alle zu schaffen. Freiheit und Sicherheit werden bei uns in eine vernünftige Balance gebracht. Deshalb beginnt Sicherheit für uns auch mit sozialer Prävention. Gleichzeitig stehen wir für eine wehrhafte Demokratie, die denjenigen stark und konsequent entgegentritt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen.

Ohne einen handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat entstehen keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land. Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat gelingt keine Integration. Ohne einen starken Staat gibt es keinen Schutz vor Kriminalität. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechtsstaat. Eine immer lauter werdende organisierte Rechte versucht, unsere offene Gesellschaft systematisch zu destabilisieren und die Zugehörigkeit von Bürgerinnen und Bürger zu unserem Land in Frage zu stellen. Deshalb wollen wir demokratische Strukturen auf allen Ebenen stärken.

Aber was ist eigentlich konkret die Rolle des Staates? Das zu definieren, wird eine der Hauptaufgaben der SPD im Erneuerungsprozess. Wir müssen neu festlegen, was wir meinen, wenn wir von öffentlicher Daseinsvorsorge sprechen.

In einem dezentral organisierten Land wie Deutschland ist die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und Länder erforderlich. Nur so lässt sich die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen und ihre Modernisierung (Bürgerfreundlichkeit) sichern. Schließlich wird in den Städten und Gemeinden als erstes spürbar, ob der Staat tatsächlich handlungsfähig ist oder sich auf dem Rückzug befindet. Deshalb gehört die Funktionstüchtigkeit der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung zum Grundbestand sozialdemokratischer Positionen.

Wir stehen dafür, dass wir den Nutzen eines handlungsfähigen sozialen Rechtsstaates in den Vordergrund stellen und sprechen erst im zweiten Schritt über die notwendigen Kosten der hierfür erforderlichen Maßnahmen. Die Akzeptanz des Sozialstaates, einer echten Daseinsvorsorge, sowie einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung bemisst sich letzten Endes am sozialen Frieden innerhalb der Gesellschaft.

III. LEITFRAGEN

1 | IN WELCHEM STAAT WOLLEN WIR LEBEN?

- Welche Bedingungen muss der Staat schaffen, damit wir frei, sicher und selbstbestimmt leben können?
- Wie können wir das Leben der Menschen leichter machen?
- Brauchen wir mehr oder weniger Staat?
- Wo beginnt kollektive Verantwortung und wo hört sie auf?
- Wie sichern wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Quartieren und Sozialräumen?

2 | WIE SEHEN DIE SOZIALEN ABSICHERUNGEN DER ZUKUNFT AUS?

- Wie begegnet der Sozialstaat den Menschen?
- Wie muss ein Sozialstaat aussehen, der das Vertrauen wieder zurückgewinnen kann?
- Was kommt nach Hartz IV?
- Wie sehen die Sozialversicherungssysteme der Zukunft aus?
- Welchen Anspruch an Absicherung haben wir?

3 | WER SIND WIR? UND WIE WOLLEN WIR IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT MITEINANDER LEBEN?

- *Wer sind „Wir“ und wer gehört dazu?*
- *Wie wollen wir miteinander leben?*
- *Wie stellen wir Chancengleichheit her?*
- *Wie gelingt es uns, dass Werte, Rechte und Pflichten, die sich aus unserem GG ableiten lassen, gelebt werden?*
- *Was ist Heimat?*

4 | WIE KÖNNEN WIR FÜR DEMOKRATIE BEGEISTERN, UND WIE REPRÄSENTATIV IST UNSERE DEMOKRATIE?

- *Wie können wir für Demokratie begeistern und sie erlebbar machen?*
- *Wie können BürgerInnen besser an demokratischen Prozessen beteiligt werden?*
- *Wie wird aus politischer Bildung demokratische Leidenschaft?*

5 | WAS BEDEUTEN SICHERHEIT UND FREIHEIT UND WAS BRAUCHT ES, UM DIESE ZU GEWÄHRLEISTEN?

- *Was ist Freiheit? Was ist Sicherheit?*
- *Was braucht es für ein Gefühl von Freiheit und Sicherheit und welche Aufgaben gibt es hier zu bewältigen?*